

DEUTSCHE BAUZEITUNG

MIT DEN BEILAGEN: STADT UND SIEDLUNG / WETTBEWERBE
KONSTRUKTION UND AUSFÜHRUNG / BAUWIRTSCHAFT UND BAURECHT

HERAUSGEBER: PROFESSOR ERICH BLUNCK

SCHRIFTFLEITER: REG.-BAUMSTR. FRITZ EISELEN

Alle Rechte vorbehalten. — Für nicht verlangte Beiträge keine Gewähr.

60. JAHRGANG

BERLIN, DEN 11. SEPTEMBER 1926

Nr. 73

Neue Bäder der Stadt Wien.

Von Dr. Scharff, Wien. (Hierzu eine Bildbeilage und die Abb. S. 597 u. 599.)



ng verknüpft mit der Wohnkultur ist das Bäderwesen. Das Volksbad schafft teils Ersatz für meist nicht vorhandene Badezimmer des Eigenheims, teils ersetzt es die dem Großstädter schwer erreichbaren natürlichen Freibäder. Schließlich hätte das Volksbad auch in einer Gartensiedlung, die der Devise „bade zu Hause“ restlos nachgekommen wäre, seinem Selbstzweck, seiner Sonderbäder und der leichteren Durchführbarkeit sportlicher Veranstaltungen wegen doch Berechtigung.

Die Gemeinde Wien beschränkte sich daher auch nicht darauf, den neuen Volks- und Siedlungshäusern möglichst Eigenbäder beizugeben, sondern erbaute seit Kriegsende bereits 14 neue Badeanstalten in günstiger Verteilung, so daß heute jeder Bezirk, mit Ausnahme des I. und XIX., sein eigenes Volksbad besitzt. Das größte und zugleich eines der größten Bäder Europas ist das Amalienbad (Bez. X am Reumannplatz) mit einer Benützungsmöglichkeit von etwa 1300 Badegästen. (Juli d. J. eröffnet.)

In diesem allen modernen Anforderungen genügenden Bad sind die einzelnen Sonderabteilungen wie folgt verteilt (vgl. Grundriß und Schnitt, Abb. 2 und 3, S. 594):

In bezug auf den Haupteingang im Untergeschoß rechts: Wäscherei, durch zwei Wäscheaufzüge mit den übrigen Geschossen verbunden, Angestelltenbäder, Gas-, Wasser- und Lichtmesser, Neben- und Lagerräume.

Im Untergeschoß links: Kabinen für Schlambäder, Diathermiebehandlung, elektrische, Solen-, Gas-, (Luftperl-) Bäder u. a. Medizinalbäder samt deren Warte- und Ruheräumen.

Unter der Schwimmhalle (Untergeschoß): Filtrier- und Sterilisieranlage für das Wasser des Schwimmbeckens, mehrere Speicherbecken, Maschinenraum für Pumpen- und Gegenstromapparate, Transformatoren-, Akkumulatoren- und Schalträume usw.

Im Untergeschoß rückwärts: Kesselhaus und (bereits v. d. Herndlasse überbaut, siehe Abb. 2) ein Brennstoffmagazin. Eine Lüftungsanlage fördert Frischluft aus der umliegenden Parkanlage in die Baderäume.

Im Erdgeschoß (Abb. 3): Dampf- und Heiß-



Abb. 1. Hauptfront des Amalienbades am Reumannplatz.

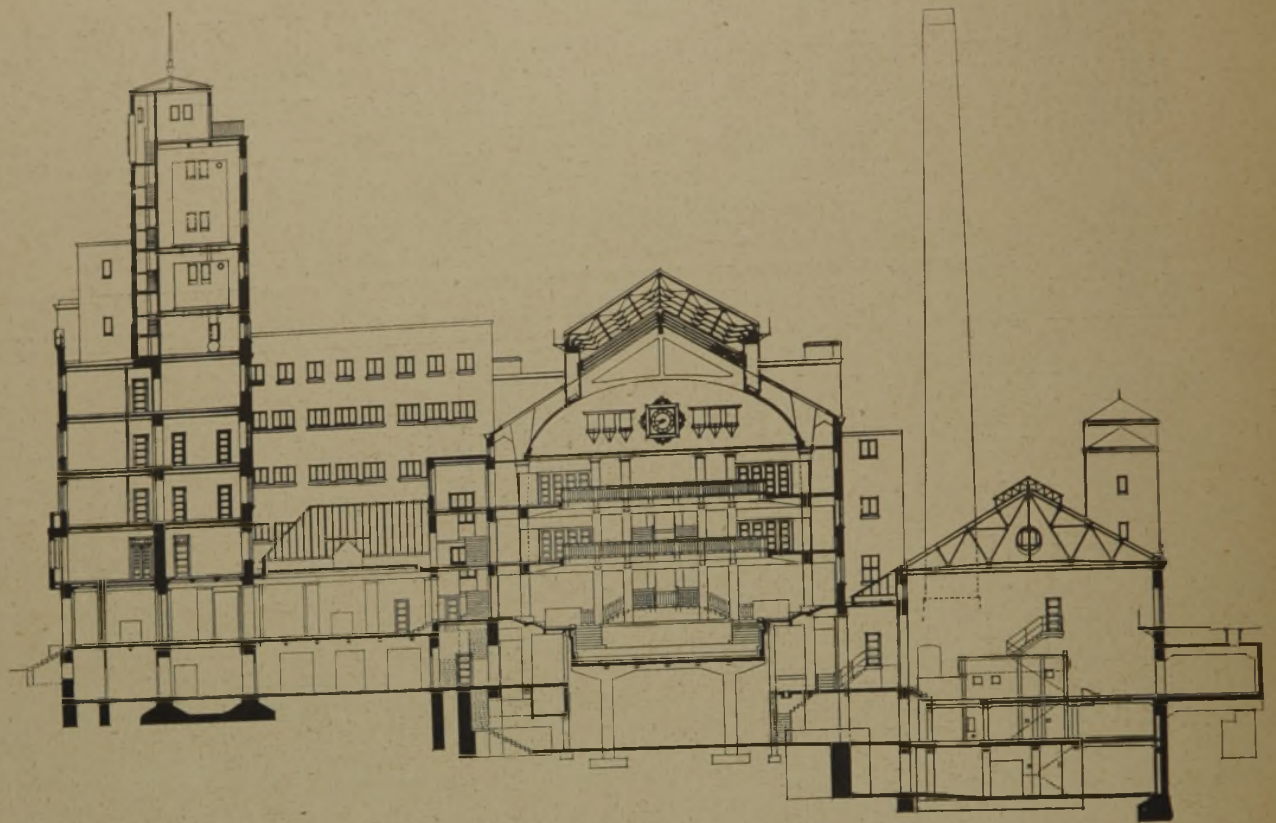


Abb. 2. Hauptachsenschnitt (1:600). Städt. Amalienbad der Gemeinde Wien im X. Bezirk.

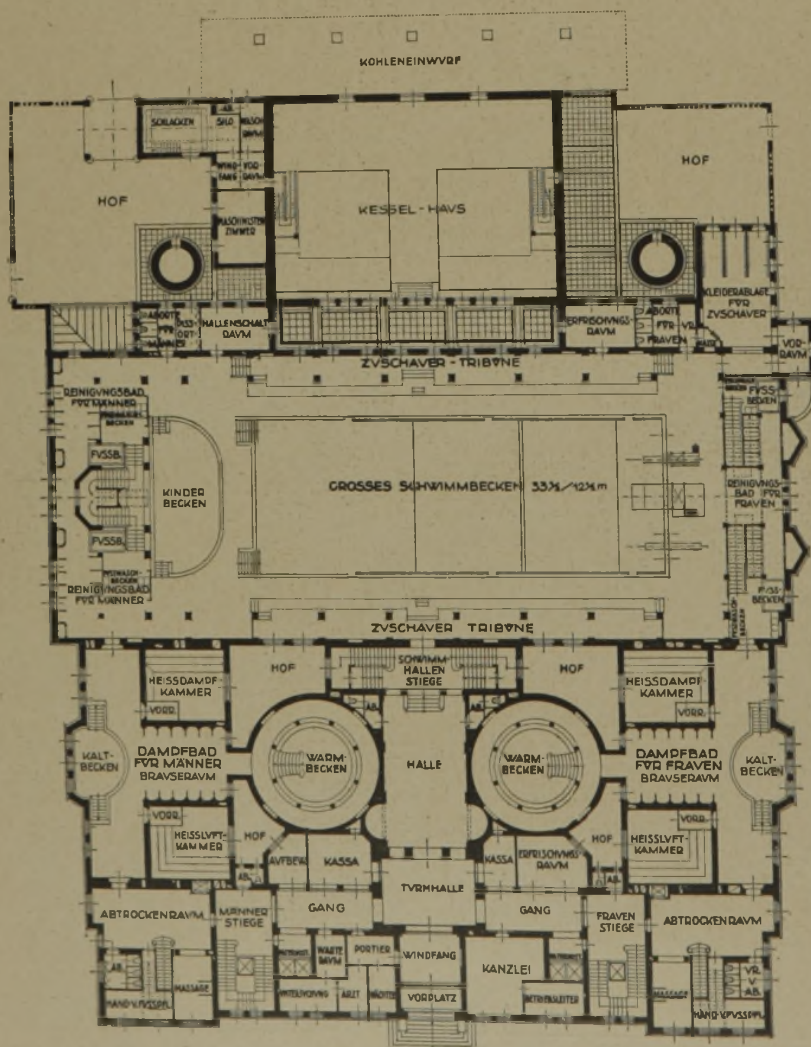


Abb. 3. Erdgeschoß-Grundriß (1:600).

luftbad in spiegelgleicher Anordnung links für Männer, rechts für Frauen. Die zugehörigen Kabinen liegen im I. Stock und sind durch innere Treppen mit ersterem verbunden.

Im 2. Stock: Brausebäder 1. Kl. Je ein Umkleide- und Brauseraum sind in eine versperrbare Zelle zusammengefaßt; ferner Wannebäder samt Nebenräumen.

Im 3. Stock: Brausebäder 2. Kl. mit gemeinsamem Umkleiraum und gemeinsamem Baderaum mit nach vorn offenen Brauseständen. Ferner Wannebäder.

Im 4. Stock: Kurabteilung. Kaltwassersaal mit Massage- und Ruheräumen. Kalt- und Warmwasserbäder. Kastensitzbäder mit Kopf kühlung. Elektrische Lichtbäder, Räume für Bestrahlung. Dachterrassen.

Im 5. Stock: Luft und Sonnenbäder mit Kalt- und Warmwasserbrausen.

Über den 5. Stock hinaus ragt in drei Stockwerken der Wasserturm mit seinen Kalt- und Warmwasserspeichern und aufgesetztem Turmuhrgehäuse.

Im rückwärtigen Teil liegt nun die große Schwimmhalle, in der über 550 Umkleidestellen vorgesorgt sind. Ihr Glasdach läßt sich auf eine Fläche von 33/12 m innerhalb 3 Minuten öffnen.

Das große Schwimmbecken (Schnitt Abb. 3, ferner Abb. 4 u. 5, S. 595) ist für Männer und Frauen gemeinsam, doch sind die in zwei Galerien angeordneten Kabinen in Männer- und Frauenabteilungen ge-



Abb. 4. Blick in die große Schwimmhalle.

schieden. Selbstredend ist das System „Stiefel- und Reine(Nackt)gang“ auch hier durchgeführt worden: Auf dem Stiefelgang gelangt man von der Stiege zu seiner Kabine, entkleidet sich 'dasselbst und tritt durch die zweite Kabinentür in den Reinegang, so genannt, weil ihn kein beschuhter Fuß betreten darf. Von der zweiten Galerie führt noch eine Treppe in einen großen Kastlraum, vorwiegend für Schulkinder bestimmt. Auf eigenen Reinetreppen gelangt man von seiner Kabine an das große Schwimmbecken im Erdgeschoß, muß dabei jedoch zwangsläufig vorher ein Reinigungsbad mit Fußbecken und Brausen passieren. Das Kinderbad erscheint vom großen Becken getrennt.

Bei der Ausgestaltung der Schwimmhalle wurde ihre Eignung als Sportbad insbesondere für große Veranstaltungen

weitestgehend ins Auge gefaßt: Schon die Abmessungen des Beckens selbst (12,50 m breit, 33,50 m lang)



Abb. 5. Kopfende der Schwimmhalle mit Sprungerüst.

wurden derart gewählt, daß drei Längen die sportlich gewünschte 100-m-Bahn ergeben. Dem Tauchschwimmen dienen die weißen Richtlinien der Verkachelung (Abb. 4), Wasserballtore wurden aufziehbar angeordnet (in Abb. 5 herabgelassen). Bei besonderen Veranstaltungen werden die Beckentreppen sowie die in die Mauer eingelassenen Leitern bündig mit der Beckenwand abgedeckt und über erstere noch je ein Startsockel gesetzt. Auf die Tribünen im Erdgeschoß (Schnitt) werden Klappbänke gestellt, die in einem Lagerraum des Untergeschosses bereitstehen.

Die Einfügung von Radio-Lautsprechern in den Warteräumen ist eine nebensächliche, doch sicher willkommene Neuerung.

Innenarchitektur und äußere Bauerscheinung sind würdevoll und ihre plastische und ornamentale Bereicherung gerechtfertigt: Wir haben kein Inkognito-Wohnhaus vor uns, sondern

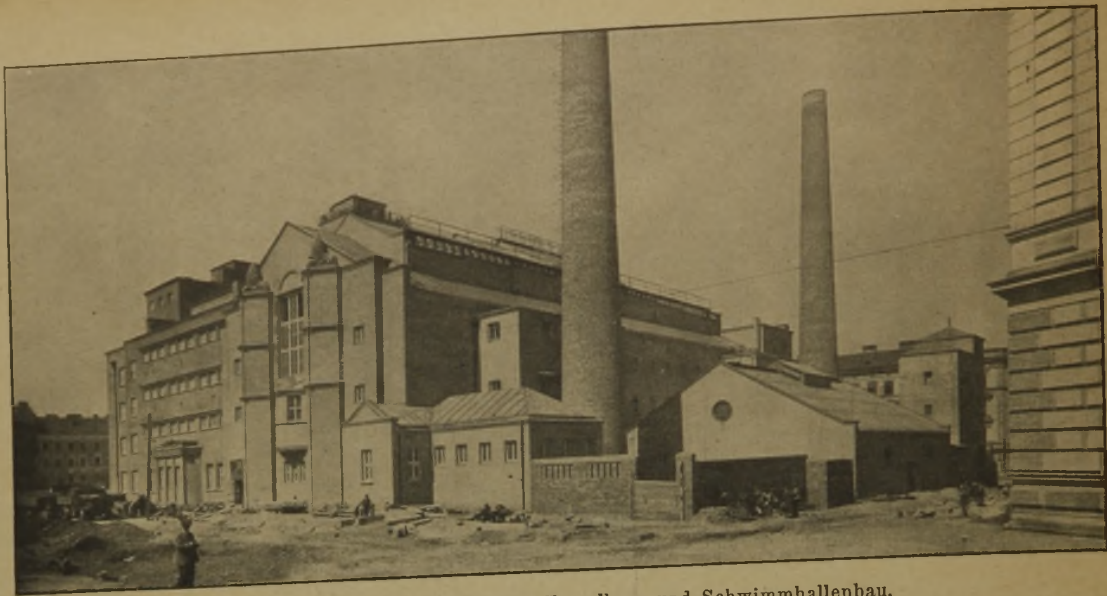


Abb. 6. Seitenfront mit Blick auf Kesselhaus und Schwimmhallenbau.

einen Tempel der Körperkultur, der sowohl zum Eintreten als zum längeren Beschauen den müden Straßenwanderer einladet. (Vgl. die Abb. 1, S. 593, 4 u. 5, S. 595, 6, oben 8. u. 9, S. 597, u. Abb. 10, S. 599.)

Bezüglich der Bauarchitekten und Mitarbeiter des Werkes sind folgende Namen zu nennen:

Alle Entwurfs- u. Bauleitungsarbeit führte das Stadtbaupamt selbst durch, einschließlich der maschinellen Einrichtung. Im besonderen waren beteiligt: Senatsrat Ing. J. Fiedler (Stadtbaupamtsdirektion), Ob.-Stadtbaupamt Ing. J. Bittner, Stadtbaupamt K. Schmalhofer, Ingenieur O. Nadel (Architekturabteilung); ferner Ob.-Stadtbaupamt A. Kolbe, Stadtbaupamt J. Rieger, Stadtbaukomm. Ing. Walter Riedler (Hoch- u. Nutzbauabteilung); ferner von der maschinentechn. Abt.: Senatsrat Ing. E. Ducker, Ob.-Stadtbaupamt Ing. V. Laurer, Stadtbaukomm. Ing. A. Tschinkel; von der Bädereibetriebsabt.: Ob.-Stadtbaupamt J. Barousch, Ing. K. Oberdorfer; von der Wasserleitungs-, Gas- und Elektroabt.: Stadtbaupamt



Abb. 7. Städt. Volksbad Ratschkygasse, XXII. Bez.

Ing. L. Hammer, Stadtbaukomm. H. Hribar, Zentralinspektor F. Pohl, techn. Insp. Robert Proditzki.

Abb. 7, neben, zeigt noch die Straßenseite eines kleineren neuen Volksbades im XXII. Bez. i. d. Ratschkygasse.—

Eine ebenso segenreiche wie billige Arbeit besteht in der Freigabe bestehender Teichanlagen oder Schaffung solcher in bestehenden Parkanlagen zu Badezwecken (Planschbecken). Die heiteren Bilder (Abb. 11 u. 12, S. 599) sprechen für sich selbst. Es ist dies eine Teichanlage im Wiener Türkenschanzpark. Die Postierung des Badehauses und die Führung der Umzäunung fanden dabei wohl nicht ihre glücklichste Lösung (was aus den Abb. allein nicht ersichtlich ist). Auch dürfte sich bald der Umstand unangenehm fühlbar machen, daß nur ein Teil des Teiches als Badeanlage benützt wird, während der andere Fröschen, Wasserschlangen und anderen „wildem Tieren“ überlassen bleibt. Der Gedanke aber, den Kindern leicht erreichbare Badegelegenheiten im Freien zu verschaffen, ist zu begrüßen.—

Stadtregulierungen in der tschechoslowakischen Republik.

Von Oberbaupamt Dr. techn. h. c. Theodor Bach, o. ö. Professor der Deutschen Techn. Hochschule in Prag.



ie in allen Ländern, die einer lebhaften Industrialisierung unterworfen gewesen sind, setzte das starke Anwachsen der im Gebiet der heutigen tschechoslowakischen Republik gelegenen Städte im letzten Viertel des vergangenen Jahrhunderts, der Zeit des sogenannten wirtschaftlichen Aufschwungs, ein. Wenn auch heute noch die Gemeinden mit 500 bis 2000 Ein-

wohnern mehr als die Hälfte der Bevölkerung des Staates aufnehmen, so haben doch einzelne Städte in bemerkenswertem Maße die Zahl ihrer Bewohner vergrößert. Die Hauptstadt Prag, die nach dem Gesetz vom 5. Februar 1920 durch Aufnahme zahlreicher Vororte und Nachbargemeinden ihr Gebiet auf 170 qkm — mit Zuzählung des weiteren Interessengebietes von 310 qkm — auf 480 qkm

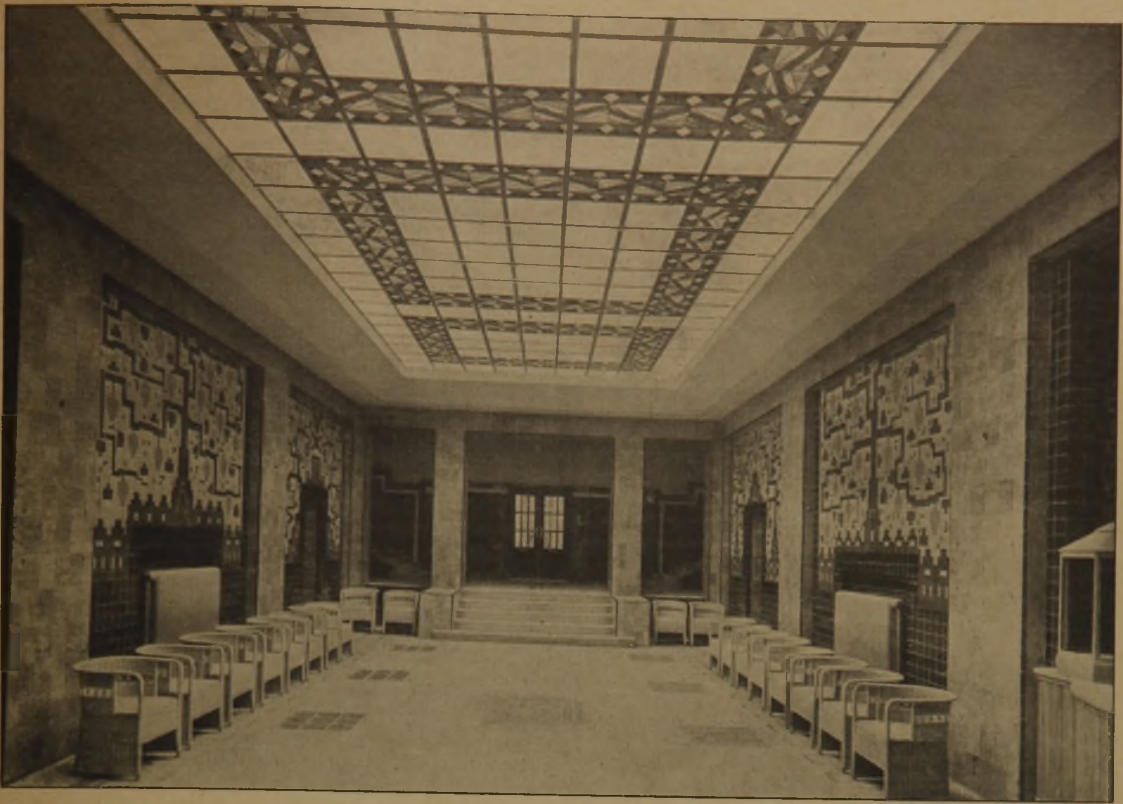


Abb. 8. Halle im Amalienbad in Wien.

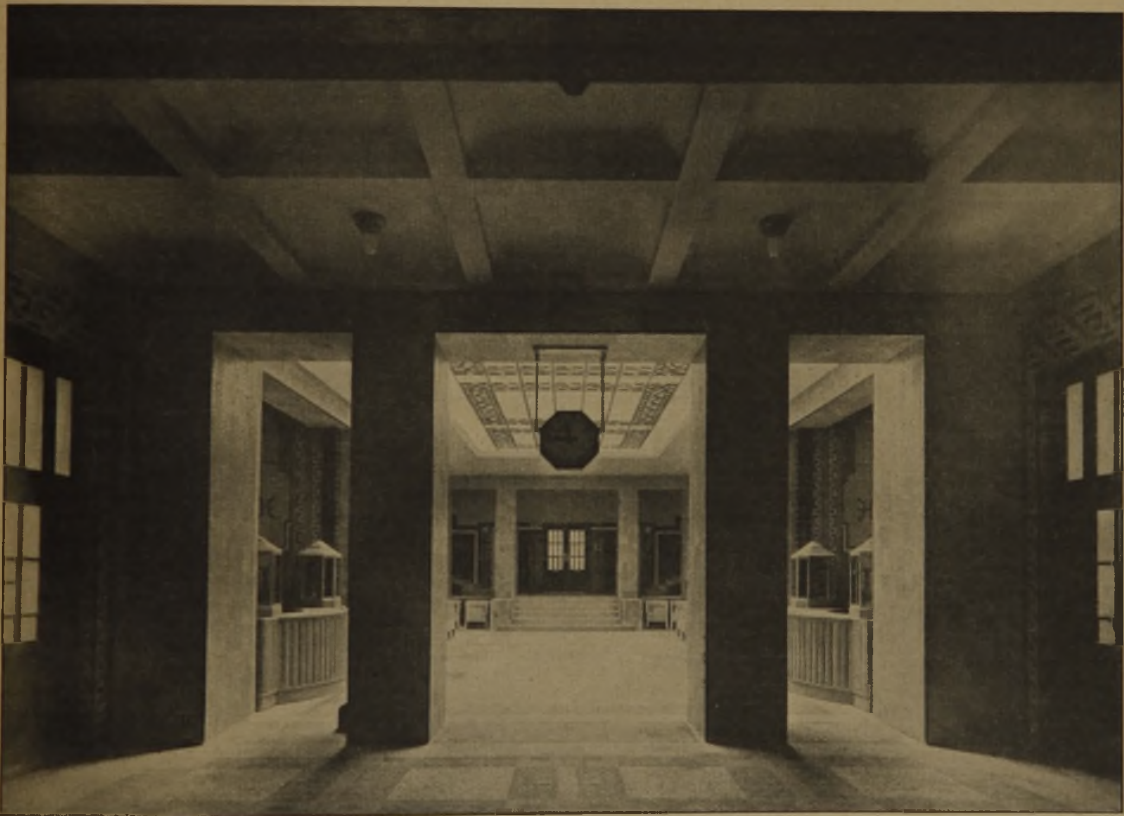


Abb. 9. Turmhalle, im Hintergrund Blick in obige Halle.

erweitert hat, stieg in der Bewohnerzahl von 311 339 im Jahre 1880 auf 676 657 im Jahre 1921. Brünn vergrößerte, ebenfalls durch Zuwanderung und Eingemeindung, die Einwohnerzahl von 82 660 (1880) auf 221 758 (1921). Diesen beiden Städten folgen Groß-Ostrau mit 170 806, Pilsen mit 105 024 und Bratislava (Preßburg), das mit 98 000 im Jahre 1921 gezählten Einwohnern heute zweifellos die Großstadtziffer von 100 000 überschritten hat.

Wenn sich auch — was gewiß nicht als Nachteil zu werten ist — der Zahl der Großstädte nach die Entwicklung nicht in so scharf aufsteigender Richtung vollzogen

hat, wie dies im Deutschen Reiche und in England der Fall gewesen ist, so zeigt doch ein Rückblick auf die letzten Jahrzehnte, daß sich der Auf- und Ausbau der Großstädte und der meisten Mittelstädte nach Linien vollzogen hat, die jenen anderer europäischer Städte ähnlich sind. In den siebziger und achtziger Jahren des letzten Jahrhunderts, in denen die Großstadtfrage in ihrer vollen Bedeutung noch nicht erkannt werden konnte, wandte sich die Fürsorge der öffentlichen Gewalten vor allem der Schaffung von Einrichtungen technischer und gesundheitlicher Art zu. Gas- und Wasserleitungen, Kanalisierungen mußten

durchgeführt werden. Als mustergültiger Anlage ist hier auf die Kanalisierung Prags hinzuweisen, deren Pläne von dem Ingenieur Lindley † in Frankfurt a. M. verfaßt worden waren. Nach dem Beispiele Wiens, in dem durch das kais. Manifest vom Jahre 1857 der Bau der Ringstraße eingeleitet worden war, erfolgte auch in mehreren Städten Böhmens, Mährens und Schlesiens, z. B. in Prag, Brünn, Pilsen, Königgrätz und Olmütz die Erbauung ganz oder nur teilweise geschlossener Ringstraßen. In Prag erforderte in dieser Zeit die Lösung der Hafenanfrage in Holesovits (1895) und jene der Angliederung des Belvedere-Plateaus an die Altstadt besondere Aufmerksamkeit. Um die Bedeutung solch' großer Unternehmungen zu würdigen, ist es notwendig, sich zu vergegenwärtigen, daß die aus dem Jahr 1886 stammende und auch heute noch gültige Bauordnung für die Hauptstadt Prag — seit 1887 auch für die Städte Pilsen und Budweis maßgebend — wie die 1889 erlassene Bauordnung für das Land Böhmen und in ähnlicher Weise auch die Baugesetze für Mähren und Schlesien den Begriff „Regulierungsplan“ im Sinne neuzeitlichen Städtebaus noch nicht kennen. Die in ihnen vorgeschriebenen oder empfohlenen „Lagerpläne“ hatten vor allem die Aufgabe, als Evidenzpläne über alle vollzogenen oder in nächster Zeit beabsichtigten Bauvorhaben zu unterrichten.

Bald nach dem Erscheinen Camillo Sittes richtunggebenden Buches „Der Städtebau nach seinen künstlerischen Grundsätzen“ (1889) setzte z. T. als Gegenbewegung des vorhergegangenen Zeitabschnittes die romantische Zeit des Städtebaus ein mit der Wiederaufnahme des Studiums der Heimatkunst und der Denkmalpflege. In Prag, dessen Besitzstand an köstlichen Werken der Baukunst nicht ungefährdet schien, bildete sich der Klub für Alt-Prag, der, die mehr schematisierende Baupolitik der städtischen Behörden bekämpfend, sich um die Erhaltung vieler herrlicher Denkmale alter Zeit hervorragende Verdienste erworben hat. Besonders zu danken ist ihm die Rettung des Kleinseitner Panoramas, dessen wundervolle Schönheit durch städtebauliche Vorschläge jener Zeit in hohem Maße gefährdet schien.

Um die Wende des Jahrhunderts wurde die romantische Periode abgelöst durch eine ins Große und Monumentale wirkende Richtung, die, vornehmlich eingeleitet durch Otto Wagner in Wien, auch in Prag Anlaß bot zur Gestaltung großartiger Pläne, unter denen besonders des gewaltigen Letna-Durchbruchs des Architekten Engel zu denken ist, durch den die schon erwähnte Verbindung der Altstadt mit den, durch den Hügelzug der Letna abgeschnürten, neueren Stadtteilen Bubensch und Dejwitz geschaffen werden sollte. In günstiger Weise beeinflusst durch die dauernd wirkenden Forderungen der Denkmalfürsorge, entwickelt Hübschmann, der begabte Schüler des auch sieben Jahre in Prag tätig gewesen Wiener Künstlers Ohmann, den Plan der Platzgestaltung zwischen Emmauskloster und Palackybrücke, der durch den, nach seinen Plänen erfolgenden, Bau mehrerer Ministerien gegenwärtig seiner vielversprechenden Vollendung entgegengeht. Auch der im Zuge befindliche Ausbau des Petersviertels am rechtsseitigen Ufer der Moldau läßt eine günstige Lösung der Flußwand erwarten.

Nach dem 1918 erfolgten Aufstiege Prags zur Hauptstadt der tschechoslowakischen Republik macht sich nicht nur in der Hauptstadt selbst, sondern auch in den übrigen Städten des Reiches rege bauliche Tätigkeit bemerkbar. Trotz der vielfachen Hemmungen der Nachkriegszeit löste die Neugestaltung der staatlichen Verhältnisse doch die Notwendigkeit aus, für die Unterbringung neu erstandener oder umgeänderter staatlicher Einrichtungen Sorge zu tragen. Auch die wie in allen Kulturstaaten der Welt eingetretene außerordentliche Wohnungsnot, der abzuhelfen vorerst durch die private Bautätigkeit unmöglich schien, machte ein Eingreifen des Staates, vor allem durch Förderung der gemeinnützigen Baubestrebungen, notwendig. Alle diese weittragenden baulichen Forderungen ließen die Verfassung von Regulierungsplänen für größere Stadtgebiete als unabweislich erscheinen. Wenn auch viele Gemeinden sich schon vor dem Umsturze solche Pläne beschafft hatten, so ist doch zu bemerken, daß nach Umgestaltung der staatlichen Verhältnisse die Gewinnung von Regelungsplänen zumeist auf dem Wege der Veranstaltung eines Wettbewerbs erfolgt.

Während aus älterer Zeit die Regulierung des Judenviertels mit der nicht sehr gelungenen Anlage der Niklasstraße und einzelner anderer Stadtteile in Prag, dann jene beim Grünen Tor in Pardubitz, der Städte Nachod und Königgrätz (Arch. Liska und Reichl) u. a. stammen, folgen nach dem Umsturze die Ausschreibungen der Wettbewerbe

für Prossnitz, Jungbunzlau (Arch. Janda), Kladno (Arch. Pstros), Kuttenberg (Arch. Simacek, Urban, Chochol und Pesanek), Trautenau* (Arch. Meffert, Hannover), Reichenberg, Luhatschovits u. a. An Teilregulierungen seien genannt: Pilsen, Karlsbad, Aussig, Akadem. Viertel in Brünn, Groß-Ostrau, Bratislava (Presburg), Gralitz und besonders die Ausschreibungen, umfassend die im Nordwesten, Südwesten, Südosten und Nordosten gelegenen Gebiete der Stadt Prag. Die Bearbeitung des Gesamtplanes für Prag ist durch die besonders schwierige Lösung der Bahnhof- und Eisenbahnfrage sehr erschwert. Dagegen dürfte noch im laufenden Jahr die Ausschreibung eines Wettbewerbs zur Erlangung von Plänen für die Regelung des gesamten Gemeindegebietes der Stadt Brünn erfolgen, wobei ebenfalls die Bahnhoffrage und die Rekonstruktion des Eisenbahnnetzes der weiteren Umgebung einen wesentlichen Teil der Aufgabe bilden wird.

Zur Sicherung einer möglichst einheitlichen Lösung der erwähnten Aufgaben wurden Regulierungskommissionen eingesetzt. Jene für Prag, errichtet mit Gesetz vom 5. Februar 1920, hat die Aufgabe, einen Regulierungsplan im Maßstab 1:5000 auszuarbeiten, in den auch die weitere, 310 qkm umspannende Umgebung insoweit einbezogen werden wird, als in ihr keine Planmaßnahmen vorgenommen werden dürfen, die die Interessen der Hauptstadt stören. Die Verfassung dieses Planes ist außerordentlich erschwert durch die Tatsache, daß die Groß-Prag einverleibten Gemeinden keine einheitliche Vermessungsgrundlage hatten, so daß sich z. B. in der Annahme der Vergleichsebenen Höhenunterschiede bis zu 3 m zeigten. Das ganze erweiterte Stadtgebiet von 480 qkm Ausdehnung mußte daher neu vermessen werden; während dieser zeitraubenden Arbeit aber mußte nicht nur durch Studium der Verkehrsbedürfnisse, Festlegung der Bauzonen und Berechnung der Bevölkerungszunahme die Grundlage für die künftige planmäßige Entwicklung geschaffen werden, sondern es durfte auch die Bautätigkeit nicht aufgehalten werden. Um dieser Forderung genügen zu können, wurden immer nach Fertigstellung der jeweiligen Vermessungsarbeiten die schon erwähnten Teilwettbewerbe für vier Sektoren ausgeschrieben. Von den Preisträgern sind zu erwähnen die Architekten Chochol, Cerha, Dryak, Hofmann, Hrab, Hübschmann, Kralik, Kubicek, Lehmann, Liebscher, Masek, Novotny, Payr, Petru, Pollak, Schwarzer, Sejna, Simacek, Stepanek, Urban, Vahala und Zabrejs. Während auf diese Weise eine Reihe vielumstrittener Punkte, wie die Erschließung des Belvedereplateaus durch Rampenstraßen, des Plateaus von Pankratz durch Anlage einer hohen Talbrücke, der Kleinseitner Brückenkopf der Manesbrücke u. a. bereits gelöst wurden, harret der große Eisenbahnplan, dessen günstige Erfassung für die ganze Stadtentwicklung von größter Bedeutung ist, noch der endgültigen Regelung. Nicht minder wichtig ist auch die Frage der großen Ausfallstraßen, die als künftige Kraftwagenwege durch Querstraßen möglichst wenig gestört werden sollen. Die künstlerisch und geschichtlich wertvollen Teile der Stadt, besonders die Altstadt, werden dem großen Durchzugsverkehr durch Umgehung tunlichst entzogen; die schmalen Gassen werden größtenteils nur in einer Richtung befahren. — In Groß-Ostrau steht vor allem zur Lösung bereit die Frage der Kohlenabbau- und Industriegebiete, wie auch jene der Abwässerreinigung.

Zur theoretischen Erforschung aller städtebaulichen Probleme wurde 1922 das Institut für Städtebau an der Masaryk-Akademie in Prag gegründet, dem die Aufgabe obliegt, neue Gedanken zu prüfen, zu sammeln und zu übermitteln, wie auch durch Veranstaltung von Vorträgen und Ausstellungen die Absichten der neuzeitlichen Städtebaubewegung zu verbreiten.

Auch die Verfassung einer neuen Bauordnung (Sektionschef Dr. Piskac im Ministerium für öffentliche Arbeiten) bildet Gegenstand der Beratung, ihre Vorschriften sollen mit den Anschauungen über Stadtgestaltung in Einklang gebracht werden.

Wer die auf dem behandelten Gebiete in der tschechoslowakischen Republik entfaltete Tätigkeit betrachtet, vermag sich dem Gefühle der Anerkennung für die groß angelegten Absichten und das bisher Geleistete nicht zu verschließen, um so mehr, als auch auf dem Gebiete des Siedlungswesens Namhaftes geleistet worden ist. Hinzuweisen wäre hier auf die Niederlassungen für Bergleute in Nordböhmen und auf die Schöpfungen großer Industrieunternehmungen, z. B. Weinmann in Ladewitz, Liebig in Reichenberg, Schicht in Aussig, Bata in Zlin (Mähren) u. a.

* Vgl. Deutsche Bauzeitung 1926, Stadt u. Siedlung Nr. 4 u. 5. —

Der Verfasser ist den Architekten Dr. Otakar Fierlinger vom Ministerium für öffentliche Arbeiten und Max Urban von der Staatlichen Regulierungskommission für die Stadt Prag für die Bereitstellung von Angaben für diesen Bericht zu Dank verpflichtet; er behält sich vor, über einige der erwähnten Arbeiten, besonders auch über solche deutscher Gemeinwesen, bei Hinzufügung von Abbildungen weitere Mitteilungen folgen zu lassen. —

Vermischtes.

Internationaler Wohnungs- und Städtebau-Kongreß in Wien vom 14. bis 19. September 1926. In „Stadt und Siedlung“ Nr. 12 vom 12. Juni haben wir bereits einen ausführlichen Hinweis auf diesen Kongreß und seine gesamten Veranstaltungen, vor allem über die damit im Zusammenhang stehende Städtebau-Ausstellung, gebracht. Nachstehend sei noch eine Zusammenstellung der Berichte gegeben, die auf dem Kongreß vorgelegt und erörtert werden sollen. Sie umfassen zwei Gruppen:

A. Das Bodenproblem und seine Beziehungen zur Stadt- und Landesplanung.

„Der Beginn des Überganges vom Boden als Ware zum Boden als Volksgut.“ Von Ob.-Baurat a. D. Hans Bar tack, Wien.

„Die Bodenfrage in ihren Beziehungen zum Städtebau in der Tschechoslow. Republik.“ Von Dr.-Ing. Otakar Fierlinger, Minist. f. öff. Arbeiten.

„Die Bodenfrage in ihren Beziehungen zum Städtebau und zur Landesplanung in Dänemark.“ Von Kay Ulrich, Minist. d. Intern., und Kay Hendriksen, Ackerbauminist.

„Die Einteilung von Gemeindegründen für Bauzwecke in Finnland.“ Von Yrjö Harvia, Generalsekr. d. finn. Städtebundes.

„Die Entwicklung von Bodenrecht und Städtebau in Deutschland.“ Von Verbandsdir. Dr. Robert Schmidt, Essen.

„Der Kampf zwischen freiem Grundeigentum und planmäßiger Bodenwirtschaft in Deutschland.“ Von Dr. H. H. Zisseler, Bürgermeister von Lehrte.

„Die Schwierigkeit, Entwürfe für städt. und region. Bebauungspläne in England in Wirklichkeit umzusetzen.“ Von Sir Theodore Chambers, K. B. E. Vorsitz. d. Gartenstadtges. Welwyn.

„Die Bodenfrage in ihren Beziehungen zum Städtebau und zur Landesplanung in Holland.“ Von Dr. Droogleeve Fortuyn, früh. Stadtrat v. Haag.

„Bodenbesitzverhältnisse und Städtebau in Italien.“ Von Prof. Cesare Ciodi C. E., Mailand.

„Die Bodenfrage in ihren Beziehungen zum Städtebau und zur Landesplanung in Spanien.“ Von Arturio Soria y Hernandez, Dir. d. Com. modrilenia de Urbanizacion, Madrid.

„Bodenfrage und Städtebau in Schweden.“ Von Gustav Linden.

„Privatgrundbesitz und Bebauungsplan in der Schweiz.“ Von Dr. Hans Bernoulli, Prof. f. Architektur, Basel.

„Landesplanung und Städtebau in ihren Beziehungen zu den gegenwärtigen und künftigen Bodenwerten in den Vereinigten Staaten.“ Von Dr. John Nolen, Präs. d. Amerik. Instituts für Städtebau.

Abb. 10 (rechts).
Wannenbad I. Kl.
im Damenbad.

Abb. 11 u. 12
(unten).
Bilder vom
Kinderfreibad
im
Türkenschanzpark.

Neue Bäder
der
Stadt Wien.



und künftigen Bodenwerten in den Vereinigten Staaten.“
Von Dr. John Nolen, Präs. d. Amerik. Instituts für Städtebau.

B. Die rationelle Verteilung von Einfamilienhaus und Mehrfamilienhaus.

„Der Einfluß der Verkehrsverhältnisse auf die Verteilung von Einfamilienhaus und Mehrfamilienhaus.“ Von Stadtbaur. Ing. Franz Musil, Wien.

„Heimstätten in der Tschechoslowakei.“ Von A. Kubicek, Archt.

„Die Entwicklung des Wohnungswesens in Dänemark.“ Von Ing. A. Bjerre, Stellvertr. Stadtbaurat Kopenhagen.

„Einfamilienhaus oder Stockwerkswohnhaus in England. Ein Vergleich unter besonderer Berücksichtigung ihrer Lage.“ Von F. M. Filgood F. R. I. B. A., Vors. d. engl. Verb. f. Wohnungswesen u. Städtebau.

„Einfamilienhaus und Mehrfamilienhaus in Finnland.“ Von B. Aminhoff, Archt. und Städtebauer.

„Die Verteilung von Einfamilienhaus und Mehrfamilienhaus im Seinedepartement.“ Von H. Sellier, Bürgermeister von Suresnes, Generalrat des Seinedep.

„Kleinhaus und Großhaus und ihre Bedeutung für den Stadtorganismus.“ Von Ad. Muesmann, Prof. a. d. Techn. Hochschule in Dresden.

„Das Einfamilienhaus und seine Möglichkeiten in Holland.“ Von H. van der Kaa, Zentr.-Wohnungsinsp.

„Die Verteilung des Hauses in ihrer Beziehung zu den Straßennetzen in Italien.“ Von Prof. Ing. Cesare Albertini, Vorst. d. Bauabt. d. Stadt Mailand.

„Boden- und Wohnungsfragen in Polen.“ Von Roman Felinski, Vorst. der Abt. f. Städteb. Minist. öff. Arb.

„Einfamilienhaus und Mehrfamilienhaus in Spanien.“ Von Federico López Valenzia, i. Arb.-Minist.

„Die rationelle Verteilung von Einfamilienhaus und Mehrfamilienhaus in Schweden.“ Von Dr. Kurt Bergström, Schwed. Wohlf.-Minist.

„Einfamilienhaus und Mehrfamilienhaus in den Verein. Staaten. Einige Leitgedanken.“ Von Henry Wright, Vorsitz. d. Aussch. f. Innenkolonis. Amerik. Institut f. Arch.

„Warum Wien keine Gartenstadt baut. Über diese Frage verbreitet sich der Stadtbaur. Ing. Dr. Franz Musil, in „Die Neue Wirtschaft“ v. 17. 6. Er führt aus, daß, wenn man sich die von der Gemeinde Wien an verschiedenen Stellen des Stadtgebietes geschaffenen 25 000 Wohnungen in einem Bezirk vereinigt vorstelle, dieser die Größe einer ansehnlichen Stadt erreichen würde, denn diese Wohnungen beherbergen gegen 100 000 Menschen. Diese Menschenmenge in einer Gartenstadt unterzubringen war aber einfach nicht möglich, es mußten, wie das geschehen ist, hochgeschossige Bauten errichtet werden, um der Wohnungsnot wirksam zu steuern. Aus folgenden Gründen:

Der Grundstücksbedarf für eine Wohnung in den Stockwerksbauten beträgt 30 qm, wenn man die großen, 50 v. H. der Grundstücksfläche einnehmenden Gartenflächen mit einrechnet. Im Flachbau im Gartenstadtcharakter würden für jede Wohnung einschl. der öffentl. Freiflächen, Plätze und dergl. 300 qm, also das Zehnfache nötig sein. Eine Stadt für 25 000 Einfamilienhäuser bedürfte also einer Fläche von 7 500 000 qm, oder eines Gebietsstreifens von 1 km Breite bei 7,5 km Länge. Dazu kommen die Verkehrs- und Wohnstraßen, die Schulen Feuerwachen, Kindergärten und sonstigen öffentl. Einrichtungen, es müßten Wasser- und Gasleitungen, Elektrizitätskabel usw. verlegt und riesige Kanalbauten für die Kanalisation zur Donau hin neu geschaffen werden. Diese, nur ganz weit Draußen, etwa im 21. Bezirk zu schaffende Gartenstadt müßte außerdem mit einer Schnellbahn mit dem Stadtinneren verbunden werden mit Anschluß an die Vorortlinien. Dazu wären auch Brückenbauten erforderlich. Dann kommt man aber zu ganz unmöglichen Kosten, die nicht mehr aus Steuermitteln aufzubringen waren. Für Wien blieb als einzige Möglichkeit daher die Errichtung vielgeschossiger Volkshäuser, die aber ein gesundes und behagliches Wohnen gewährleisten.

Wien hat übrigens auch den Flachbau nicht vernachlässigt. Mehr als ein Dutzend Siedlungen mit mehr als 3000 Siedlerhäuschen sind in den Außenbezirken angelegt. —

Die Grundsteinlegung zur 25 000. Wohnung der Stadtgemeinde Wien. In Nr. 69/70 ist in der Einleitung schon kurz erwähnt worden, daß die Stadtgemeinde Wien mit der Grundsteinlegung zu dem Volkswohnungshaus, das die 25 000. Wohnung aufnehmen wird, ihr groß angelegtes Bauprogramm von 1923 abschließt. Die Grundsteinlegung fand am 28. Juni d. J. in Floridsdorf statt. Der Baublock liegt zwischen Jedleseerstraße, Volta-, Bunsen- und Moltkegasse, und der Architekt des Baues ist Arch. Hubert Geßner, Wien. Es wird die größte Anlage dieser Art in Wien.

Bis zum Tage der Grundsteinlegung waren nach den „Wiener Neuesten Nachrichten“ von den Wohnungen des großen Bauprogramms 1923 bereits fertig 8953 Wohnungen, während weitere 13 987 Wohnungen in ihrer Vollendung entgegengingen. Die Wohnhausanlage in Floridsdorf umfaßt weitere 1700 Wohnungen. Die riesigen Baukosten, die aus Steuergeldern flossen, sind fast völlig wieder in die produktive Privatwirtschaft zurückgeflossen. Es handelt sich also um eine volkswirtschaftliche Tat, der seit dem Kriege andere Länder kaum etwas Ähnliches an die Seite zu stellen haben. Die Stadt Wien hatte dabei die schwierige Aufgabe der Materialbeschaffung selbst übernommen und im großen und ganzen auch gut gelöst. Anfängliche Schwierigkeiten sind nach Mitteilung des Stadtrates Franz Siegel, dem neben dem Stadtbaur. Ing. Dr. Franz Musil ein besonderes Verdienst an der Durchführung des ungeheuren Bauprogramms gebührt, jetzt überwunden, und die Gemeinde sieht bereits für 1927 ein neues Bauprogramm von weiteren 5000 Wohnungen vor. Es soll dabei ein neuer Wohnungstyp zur Verwendung kommen, der gestattet, mit derselben Wohnfläche mehr-räumige Wohnungen zu schaffen, was allerdings eine weitere Verkleinerung (!) der Räume bedingt. Über den Bau nach „Die neue Wirtschaft“ noch Folgendes:

Die Anlage, in der neben 1400 Wohnungen noch zahlreiche Läden, Bäder, Kinderhorte usw. Aufnahme finden sollen, steht auf einem Bauplatz von 117 000 qm. Gegen 7000 Personen sollen hier Unterkunft finden.

Der Entwurf zu der Anlage ist aus einem engeren Wettbewerb zwischen den Wiener Architekten Robert Oerly, Karl Krist, Hubert Geßner hervorgegangen. Das Bauprogramm umfaßte die Bebauung der Fläche genannten Areals, wobei jedoch Vorschläge für eine Regulierung der näheren Umgebung gemacht werden konnten. Vorgeschrieben war die Anlage eines öffentlichen Platzes, der an Stelle des im Stadtregulierungsplan vorgesehenen Mannlicherplatzes zu treten hatte. Die Bebauung sollte eine lockere sein und große Gartenflächen schaffen. Die Anzahl der Wohnungen war freigestellt, ebenso die Höhe der Gebäude, doch sollten die Gebäudehöhen eine Vermittlung schaffen mit der bestehenden bzw. zukünftigen Umgebung. Gewählt wurde der Entwurf von Hubert Geßner, der bereits bei den städt. Wohnhausbauten erfolgreich mitgearbeitet hatte (Lassallehof u. a.).

Der Architekt sucht durch seine Schöpfung die stark schematische Regulierung des Geländes zwischen Prager Straße und Kiehlmannseggdamm zu verbessern und das Stadtbild zu beleben. Die Moltkegasse behält er als Verkehrsstraße bei, die übrigen, weniger bedeutenden Straßenzüge, die den Baublock kreuzen, bleiben nur für den Personenverkehr offen. Eine möglichst günstige Sonnenlage der Wohnungsfuchten unter tunlichster Einschränkung der nach Norden gelegenen Wohnungen ist angestrebt. Die Wohnzimmer liegen meist nach den Gartenhöfen.

Die Hauptfront liegt an der Jedleseerstraße, die als Hauptverkehrsweg von der Moltkegasse an eine Verbreiterung erfährt. Programmgemäß ist ein halbkreisförmiger Platz von 112 m Dm. an dieser Straße angeordnet, dessen Hauptachse mit der Hauptachse der ganzen Baumassen zusammenfällt und den Block in zwei Hauptteile aufteilt. Die Bebauung steht in einer Randbebauung längs den Straßen, die aber nicht geschlossen ist, sondern Licht und Luft stellenweise Zugang gewährt, und längs der Hauptachse. Senkrecht zu dieser ist das Gelände dann noch durch Bautrakte aufgeteilt. So entstanden eine Reihe großer Gartenhöfe. Von den mehr als 4 km betragenden Wohnfuchten sind nur 10 v. H. nach Norden, alle anderen nach Osten, Süden, Westen gerichtet; nur 36 v. H. liegen nach Straßen und öffentl. Plätzen hinaus, 54 v. H. an den stillen Gartenhöfen. Von der Gesamtgrundfläche sind 41 v. H. bebaut. Auf jede Wohnung entfallen rd. 200 qm unbebauter Hof- und Gartenfläche. Von den 1700 Wohnungen bestehen 25 v. H. aus Vorzimmer, Zimmer, Kammer und Wohnküche (48 qm) und 75 v. H. aus Vorraum, Zimmer und Wohnküche (38 qm).

Die Bauanlage enthält außerdem einen Kinderhort, einen Kindergarten, zwei Waschküchenanlagen, ein Werkstattgebäude, Läden, Postamt, Café, Restauration und einige Amträume. Für diese Anlagen gehen rd. 3500 qm Fläche ab, was etwa 100 Wohnungen entspricht. —

Inhalt: Neue Bäder der Stadt Wien. — Stadtregulierungen in der tschechoslowakischen Republik. — Vermischtes. —

Bildbeilage: Neue Bäder der Stadt Wien. Amalienbad am Reumannplatz im X. Bezirk. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H. in Berlin. Für die Redaktion verantwortlich: Fritz Eiselen in Berlin. Druck: W. Büxenstein, Berlin SW 48.



NEUE BÄDER DER STADT WIEN / AMALIENBAD AM REUMANNPLATZ
IM X. BEZIRK / WARMWASSERBECKEN DES DAMPFBADES

DEUTSCHE BAUZEITUNG. LX. JAHRGANG 1926. NR. 73